

# Materialpaket II

für die Fortsetzung der

## 1. Tagung des 7. Parteitags der Partei DIE LINKE. Hamburg

in Bürgerhaus Wilhelmsburg

**Sonntag, den 27. Juni 2021**

Tagesordnung, Ersetzungsanträge weitere Anträge,  
Kandidatur Übersicht

## Vorschlag Tagesordnung

Fortsetzung: 1. Tagung, 7. Landesparteitag

Antragsteller\*in: Landesvorstand

12.06.2021

# Tagesordnungsvorschlag

Mandatsprüfung	10.00 bis 11.00
Begrüßung, Landessprecher Keyvan Taheri	11:00 bis 11:15
Mitteilungen des Präsidiums	11:15 bis 11:20
...	
<b>1. Bundestagswahlen: „Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“</b>	<b>11:20 bis 12:20</b>
Rede der Spitzenkandidatin <b>Zaklin Nastic (5 min.)</b>	
Rede des Spitzenkandidaten <b>Deniz Celik (5 Min.)</b>	
<b>Generaldebatte (schriftliche Wortmeldungen, 50 Min.)</b>	
Rede Fabio De Masi	12:20 bis 12:30
<i>Pause</i>	<i>30 Min</i>
<b>2. Abschluss der Wahlen zum Landesvorstand</b>	<b>13:00 15:00</b>
a. Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder, hier Wahlgang für Männer und Frauen	
b. Wiederholung der Wahlgänge zur Wahl der Bezirksvertreter:innen	
i. Hamburg-Mitte	
ii. Harburg	
<i>Pause</i>	<i>30 Min</i>
<b>3. Weitere Anträge</b>	<b>15:30 bis 16:00</b>
<i>Vorschlag zum Antragsverfahren durch die Antragskommission für max. 4 Anträge: 3 Min. Einbringung, 3. Minuten Gegenrede, 3 Min. Fürrede</i>	
<b>4. Landesfinanzplan 2021</b>	<b>16:00 bis 16:30</b>
a. Vorstellung, Landeschatzmeister Julian Georg	
b. Nachfragen	
c. Beschlussfassung	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>16:30</b>
Ende der Sitzung	16:35

## Inhaltsverzeichnis

Materialpaket II, Stand: 25.06.2021 21:00:00

1. Tagung, 7. Landesparteitag

### Inhaltsverzeichnis

Nr.	Beschreibung	Antragstellerin	Seite
	Tagesordnung	Landesvorstand	2
03_E01 (ersetzt 03_A03 und 03_A04)	Gesundheitspolitik	DIE LINKE Hamburg-Nord	4
03_E02 (ersetzt 03_A08)	Quo Vadis, DIE LINKE? - Strategiediskussion im Landesverband	Nilüfer Aydin, Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Hilde Blum ...	6
03_A09	Keine Liebesgrüße nach Moskau!	LAG Emanzipatorische Linke.Shalom Hamburg, Ponnammal Moses, Anna Rinne, Marcus Frowerk	11
Anhang	letzter Stand Kandidaturen	-	20

## 1 **Antrag an den Landesparteitag zur Resozialisierung privater Kran-** 2 **kenhausbetreiber in Hamburg und Rückführung der Krankenhäuser in** 3 **öffentliche Verwaltung**

4 *Die von verschiedenen privaten Firmen betriebenen ehemaligen öffentlichen Krankenhäuser in Ham-*  
5 *burg sollen wieder in den Besitz der öffentlichen Hand zurückgeführt werden. Im Falle einer Weige-*  
6 *rung des Verkaufs oder einer deutlich überhöhten Kaufsumme erfolgt eine Enteignung gemäß Grund-*  
7 *gesetz Artikel 14(3) der betreibenden Firmen, da es sich bei der Krankenversorgung um einen essenti-*  
8 *ellen Bereich der Daseinsvorsorge handelt, bei dem Gewinninteressen privater Firmen zu einer Ver-*  
9 *schlechterung der Krankenversorgung führen. Zur effektiven Ausgestaltung dieser Rückführung und*  
10 *zur Verbesserung der Krankenversorgung soll die Hamburger Gesundheitsbehörde wieder eine eigen-*  
11 *ständige Behörde mit einer/einem eigenständigen Senator\*in werden.*

12 Dafür organisiert der Landesverband DIE LINKE. Hamburg

- 13 ■ gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion, Krankenhausbeschäftigten sowie mit
- 14 Bündnispartner\_innen eine Strategiekonferenz zur Frage:
- 15 „Wir brauchen ein solidarisches, bedarfsgerechtes und gemeinwohlorientiertes Gesundheits-
- 16 system – Welche Schritte dahin sind möglich und nötig?

### **Begründung:**

In den 1980iger Jahren wurde damit begonnen, staatliche Krankenhäuser an private Investoren zu verkaufen mit dem Argument den Investitionsstau zu beheben und die Verwaltung der Kliniken effizienter zu gestalten. Vor allem in ärmeren Gemeinden wurden die Krankenhäuser an private Betreiber verkauft. Die Firmen waren weniger an Patienten als Gewinnen interessiert. Um die Dividendenziele von über 10% zu erreichen, wurden Mitarbeiter entlassen, Krankenhäuser geschlossen, gewerkschaftliche Mitbestimmung reduziert und unrentable aber notwendige Fachabteilungen geschlossen. Auf der Strecken blieben die Patient\*innen deren Gesundheitsversorgung vor Ort nicht mehr gewährleistet werden kann. Der Personalabbau führt zu einer verschlechterten Patient\*innenversorgung und führt zu Frust und Unzufriedenheit bei den Beschäftigten. Tariflöhne werden durch Beschäftigungsgesellschaften unterlaufen. Wirtschaftlichkeit geht vor Empathie und individualisierte Medizin bedeutet nicht, dass man aus jedem Individuum den maximalen Profit herausholt. Mittlerweile gibt es weniger Krankenhäuser in staatlicher Hand als in der Hand von privaten Betreibern und auch die Gesamtzahl der Krankenhäuser hat in den letzten dreißig Jahren deutlich abgenommen. Die Coronavirus-Pandemie verdeutlicht, dass Krankenhäuser ein sehr relevanter Teil der Infrastruktur sind. Diese notwendige und empfindliche Infrastruktur darf nicht durch Konzerninteressen kompromittiert werden. Der Umsatz des Klinikbetreibers Fresenius lag bei 9 Milliarden Euro mit einem Gewinn von 650 Millionen Euro.

Im Jahr 2005 übernahm gegen den Willen der Hamburger Bevölkerung Asklepios die sieben allgemeinen Krankenhäuser in Hamburg und veränderte die Strukturen in der oben beschriebenen Weise, um Gewinne mit deren Betrieb zu erwirtschaften. Der Bezirk Hamburg-Nord ist besonders hart von der Privatisierung betroffen, da zwei Maximalversorger das AK Barmbek und das AK Nord nun zum Asklepios-Konzern gehören. Das noch staatliche Universitätsklinikum Eppendorf steht dadurch nun ebenfalls in Konkurrenz zu den privaten Betreibern und ist gezwungen, Gewinne mit denselben Methoden wie ein privater Betreiber zu erwirtschaften. Auf diese Weise verschlechtert

sich die Patient\*innenversorgung überall und Mitarbeiter\*innen werden eher selber krank, als dass sie andere heilen können. Die Rückführung der privatisierten Kliniken Hamburgs ermöglicht eine wohnortnahe patient\*innenorientierte statt gewinnorientierter Krankenversorgung.

Um das Ziel einer Rückführung der Krankenhäuser in den Besitz der Stadt Hamburg zu erreichen, benötigt es Druck und Bewegung aus der Bevölkerung. Die Hamburger Bevölkerung hat gezeigt, dass sie Dinge anders sieht als der regierende Senat. In einer Volksentscheidung wurde der Rückkauf der Versorgungsnetze erzwungen und die Ausrichtung der Olympischen Spiele verhindert. Das Bürgerbegehren gegen die Schuldenbremse geht in diesem Jahr in die zweite Runde. Die Partei DIE LINKE war ein wichtiger Bestandteil dieser Bewegungen. Auch das Bürgerbegehren für mehr Personal in Krankenhäusern sammelte genug Unterschriften, wurde jedoch vom Senat mit juristischen Mitteln ausgebremst. Dies zeigt unserer Meinung nach zwei Dinge: Es gibt Bewegungen und ein großes Interesse an progressiver Sozialpolitik in Hamburg und Bewegungen von der Straße können die Politik des Senates maßgeblich beeinflussen und Entscheidungen erzwingen. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes ermöglichen Enteignungen zum Wohl der Allgemeinbevölkerung. Was bei Feldern zum Bau von Autobahnen gilt, muss auch für Krankenhäuser gelten. Aufgrund der hohen Gewinne werden die Betreiber sich verbissen gegen eine Resozialisierung wehren. Dennoch wiegen die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerung viel schwerer als die Kapitalinteressen von Konzernen, so dass wir alle zusammen für ein gutes staatliches Gesundheitssystem kämpfen müssen. Deswegen fordern wir die sofortige Resozialisierung aller privatisierten Krankenhäuser in Hamburg zum Wohle der Hamburger Bevölkerung und als Signal für die ganze Bundesrepublik.

**Antragsteller\*innen:**

**Hauptdelegierte:** *Nilüfer Aydin* (BV HH-Mitte), *Alexander Benthin* (BV HH-Mitte), *Gunhild Berdal* (BV HH-Mitte), *Hilde Blum* (BV HH-Nord), *Artur Brückmann* (Linksjugend [‘solid]), *Irfan Cüre* (BV HH-Altona), *Martin Dolzer* (BV HH-Mitte), *Kerstin Fremder-Sauerbeck* (BV HH-Mitte), *Elias Gläsner* (Linksjugend [‘solid]), *Kristian Glaser* (BV HH-Mitte), *Andreas Grünwald* (BV HH-Mitte), *Jörg Günther* (BV HH-Mitte), *Franziska Hildebrandt* (BV HH-Mitte), *Ruben Hittmeyer* (Linksjugend [‘solid]), *Sinah Mielich* (Linksjugend [‘solid]), *Jürgen Olschok* (BV HH-Mitte), *Marie Panten* (Linksjugend [‘solid]), *Ralf Peters* (BV HH-Eimsbüttel), *Jacob Petersein* (Linksjugend [‘solid]), *Friederike Schaak* (BV HH-Nord), *Nuran Sarica* (BV HH-Altona), *Maureen Schwalke* (BV HH-Mitte), *Dilan Sezer* (Linksjugend [‘solid]), *Roland Wiegmann* (BV HH-Eimsbüttel), *Ronald Wilken* (BV HH-Mitte), *Johanna Zimmermann* (Linksjugend [‘solid])

**Weitere Antragsteller:** *Holger Griebner* (BV HH-Eimsbüttel), *Florian Muhl* (BV HH-Harburg)

## 1 Quo Vadis, DIE LINKE? - Strategiediskussion im Landesverband

2 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, auf der Basis des vom Bundesparteitag beschlossenen  
3 Wahlprogramms sowie in Berücksichtigung weiterer Papiere - wie etwa der beigefügten Erklärung und  
4 weiterer programmatischer und strategischer Papiere, die im Landesverband erarbeitet wurden oder  
5 diesem Parteitag vorliegen - Gelegenheiten zur Diskussion strategischer und politischer Fragen mit  
6 Blick auf unseren Bundestagswahlkampf sowie die weitere Parteientwicklung zu schaffen. Genoss\*innen  
7 und Strukturen, die daran interessiert sind, sollten dafür einbezogen werden.

8 Dazu gehört die Organisation einer Wahlkampf-Auftaktveranstaltung des Landesverbands, die diesen  
9 Ansprüchen entspricht und zugleich Genoss:innen und Sympathisant:innen für die heiße Phase des  
10 Wahlkampfes mobilisiert. Dazu gehört ferner im vierten Quartal des Jahres zur Auswertung der Bun-  
11 destagswahlen eine ähnlich orientierte strategische Veranstaltung durchzuführen, die auch der Bera-  
12 tung nächster Schritte dient. ("Wer zahlt für die Krise?", ...)

### Quo Vadis, DIE LINKE?

#### Wie links muss die LINKE sein, um wirksam zu kämpfen?

#### Erklärung von Hamburger Genossinnen und Genossen im Vorfeld unseres Landes- und unseres Bundesparteitages

##### 1.

Wir erleben gegenwärtig, wie das kapitalistische System an seine inneren Grenzen stößt. Dieses System ist nicht dazu in der Lage, für die Mehrheit der Menschen auch nur grundlegende Lebensbedingungen zu gewährleisten. Soziale Absicherung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung, sind auch für viele Menschen in den entwickelten Industrieländern nicht mehr garantiert. Aber auch die Grundlagen des Lebens – Umwelt und Klima – werden zerstört. Das kapitalistische System ist nicht nur selbst in der Krise, es führt zu einer elementaren Bedrohung für das Überleben von Millionen von Menschen.

##### 2.

Dazu gehört die schwere Wirtschaftskrise, die lange vor Corona ihren Ausgangspunkt nahm. Erneut werden zahlreiche Menschen in Existenznöte und in die Erwerbslosigkeit gedrängt. Die Corona-Pandemie verschärft diese Wirtschaftskrise, ist aber nicht ihre Ursache. Die von den Bundes- und Landesregierungen veranlassten Konjunktur- und Infrastrukturprogramme sind zwar riesig, aber vollkommen einseitig auf eine Subventionierung und Unterstützung des großen Kapitals gerichtet. Dazu kommt eine strukturelle Krise der Kapitalverwertung, auf die die Herrschenden seit vielen Jahren mit neoliberaler Politik reagieren. Die enorme Konzentration des Reichtums in den Händen weniger führt zu einem Verlust von profitablen Verwertungsmöglichkeiten. Deshalb privatisieren sie öffentliches Eigentum, um auch dieses der Logik des Profits zu unterwerfen.

**3.**

Mit dem von der NATO ausgegebenen Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und damit auf 80 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern, unterstützt die deutsche Regierung die Vormachtstellung und die Absicherung der Märkte und Ressourcen für das Kapital. In der Friedensfrage darf es für uns kein Wanken geben! Nicht nur, dass diese gigantischen Rüstungsausgaben uns allen schaden, die Signale stehen zugleich auf Sturm! Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts oder eines großen Krieges ist heute so groß wie lange nicht mehr. Die USA und ihre Verbündeten schüren Konflikte mit Russland und vor allem mit China, die sie als Konkurrenten für ihre eigene Weltherrschaft sehen. Als Linke können wir unter keinen Umständen diesen Konfrontations- und Kriegskurs direkt oder indirekt befördern. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten. Die LINKE kann keine Manöver an den Grenzen Russlands oder in anderen Konfliktherden sowie keine Waffenlieferungen über den Hamburger Hafen dulden. Die in unserem Parteiprogramm festgehaltene Forderung nach Auflösung der NATO und ihrer Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat, ist heute so aktuell wie 2011.

Als LINKE stehen wir für Frieden. Kompromisslos.

**4.**

Es reicht nicht mehr aus, innerhalb dieses Systems nur über Veränderungen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nachzudenken, Missstände anzuprangern und zu dieser und zu jener Frage parlamentarische Initiativen zu starten. Linke Politik muss heute umso mehr verdeutlichen, dass der Kapitalismus selbst das Problem ist. Denn dieses profitgetriebene System kann die sozialen und andere grundlegende Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen nicht mehr sichern. Es muss überwunden werden.

**5.**

Es gibt bereits Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in denen diese Perspektive aufgetan wird. Nicht nur in Berlin, auch in Hamburg taucht die Forderung nach einer Enteignung der großen Immobilienfirmen auf. Die Umweltbewegung fordert „System Change, not Climate Change“. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder fordern dessen Rekommunalisierung. Doch in vielen Auseinandersetzungen spielen die Eigentumsverhältnisse noch eine untergeordnete Rolle. Wir sind Teil großer Bewegungen um Menschenrechte, Demokratiefragen, Rechtsentwicklung, gegen Rassismus. Diese Bewegungen sind wichtig und müssen unsere Unterstützung haben! Doch die Skandalisierung dieser Erscheinungen muss bei uns mit dem Ziel verbunden sein, diese Unmenschlichkeit grundlegend zu überwinden.

**6.**

Die nicht nur zyklische, sondern auch strukturelle Wirtschaftskrise wird zu großen sozialen Verwerfungen führen, aber auch zu gewaltigen Klassenkämpfen. Von oben haben diese bereits begonnen. Soziale Fragen stehen deshalb – neben unserem Engagement für den Frieden – an erster Stelle unseres politischen Handelns. Aber auch hier kommt es darauf an, dass wir die Entwicklungen nicht nur kommentieren, mediale Statements abgeben oder uns auf parlamentarische Initiativen beschränken. Wir müssen uns vor allem außerparlamentarisch einmischen und selbst stärker zum Akteur sozialer und politischer Klassenkämpfe werden.

Der Offensive des Kapitals müssen wir eine soziale Offensive von unten entgegensetzen. Darin muss der Schwerpunkt aller Aktivitäten liegen. In der Partei. In den Fraktionen. Unsere Organisationsstrukturen und die Verteilung finanzieller Ressourcen müssen entsprechend angepasst werden.

**7.**

Das ist nicht nur eine Frage einzelner Kampagnen, mit denen wir auf Ungerechtigkeiten in der Rente, in der Pflege, auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder ähnliches hinweisen. Wir müssen darüber hinaus viele Fragen neu beantworten: Wie arbeiten wir in Gewerkschaften? Wie unterstützen wir Kolleg\*innen bei ihren betrieblichen Kämpfen? Wie arbeiten wir, damit sich

arbeitende Menschen und sozial Deklassierte bei uns besser einbringen können? Wie initiieren wir selbst soziale Proteste? Wie stellen wir die Eigentumsfrage konkret? Wie verbinden wir die Auseinandersetzungen in den Bezirksversammlungen, in der Bürgerschaft, in unseren Stadtteilgruppen mit unseren grundlegenden politischen Zielen? Und wie entwickeln wir die dazu notwendige politische Bildung, die uns überall in der Partei fehlt?

**8.**

Klar: Eine Partei wie DIE LINKE muss auch unter den gegenwärtigen Bedingungen für konkrete Verbesserungen streiten. Klar ist uns ebenfalls, dass sich der Kapitalismus nicht auf Knopfdruck abschaffen lässt. Für die Rettung lebenswichtiger Ökosysteme und die Vermeidung großer Kriege müssen wir im Hier und Jetzt streiten! Doch reale Fortschritte – auch innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft – lassen sich nur erkämpfen, wenn wir diese Kämpfe mit unserer Perspektive einer besseren, einer sozialistischen Welt verbinden. Wie uns dies besser gelingen kann, das muss Gegenstand ernsthafter strategischer Beratungen werden, die wir für die LINKE, aber auch darüber hinaus, anschieben müssen.

**9.**

Wir müssen unsere Forderungen zuspitzen. Wir akzeptieren keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung. Wir kämpfen für einen sozial-ökologischen Umbau dieser Gesellschaft. Dafür müssen in einem ersten Schritt die Automobilindustrie und die Energiekonzerne unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Wir wollen die Vermögenskonzentration und Einkommensspaltung aufheben. Wir kämpfen für eine Rekommunalisierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge sowie für Sanktionsfreiheit und eine Mindestsicherung, die diesen Namen verdient. Ein Mietendeckel wäre begrüßenswert, aber das reicht uns nicht. Wir fordern Miethöchstgrenzen und eine vollständige Regulierung des Wohnungsmarktes sowie die Überführung von immer mehr Wohnraum in öffentliches Eigentum. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht mehr privatisiert werden. Wir kämpfen für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens, aus dem die Profitorientierung beseitigt wird. Wir kämpfen für massive öffentliche Investitionen im öffentlichen Nahverkehr, in Bildung und Wohnungsbau.

Um diese und andere Schritte durchzusetzen, müssen die Reichen zur Kasse gebeten werden. Aber höhere Vermögenssteuern reichen dafür nicht. Wir müssen vor allem für eine Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse streiten: durch erweiterte Streik- und Tarifrrechte, durch eine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, durch höhere Löhne und ein Ankurbeln der Binnen nachfrage, durch eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Wir kämpfen für einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient. Wir kämpfen für massive Arbeitszeitverkürzungen und eine vollständige Regulierung der Arbeitsmärkte. Werk- und Leihverträge gehören sofort abgeschafft.

**10.**

Wir sind Antifaschisten. Aber Antifaschismus ist mehr als nur gegen Nazis zu sein. Antifaschismus bedeutet, dem Erstarken neofaschistischer und rassistischer Kräfte die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die etablierten Parteien, die den Konzernen alles überlassen, haben die Unzufriedenheit und das Misstrauen erhöht, wie auch Abstiegsängste, soziale Ungleichheit und die Verrohung der Gesellschaft dadurch zugenommen haben. Neoliberale Politik bereitet so den Nährboden, auf dem Rassismus und andere Ideologien der Diskriminierung gedeihen können. Für uns gilt: Keinen Fußbreit den Rassisten und Faschisten! Rassismus und Diskriminierung können wir aber nur überwinden, wenn wir ihre gesellschaftlichen Ursachen beseitigen. Wenn wir knebelnde Freihandelsverträge, in denen die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden, bekämpfen. Wenn wir Ausbeutung, auch neokoloniale Ausbeutung, die dazu führt, dass immer mehr Menschen flüchten müssen, wenn wir die soziale Spaltung auch hierzulande überwinden. Wenn wir Kriege und Wirtschaftskriege verhindern. Wir fordern das Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Wir fordern die vollständige Wiederherstellung des Asylrechts. Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Genauso wie wir uns gegen die geschlechtliche Diskriminierung oder gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen wehren. Dies kann uns aber nur

gelingen, wenn wir diese Kämpfe als soziale Kämpfe, als einen Teil unserer gemeinsamen Kämpfe gegen das Kapital begreifen.

**11.**

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Die politischen und ökonomischen Eliten wollen es nur nicht wahrhaben. Wir können seinen Abgang beschleunigen! Gegen den Neoliberalismus braucht es eine Phalanx. Es braucht nicht nur eine soziale Idee, ein Parteiprogramm, nicht nur den einen oder anderen Antrag im Parlament, sondern eine soziale Offensive gemeinsam mit allen Menschen guten Willens.

**12.**

Statt auf rot-rot-grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir gesellschaftliche Bündnisse schließen. Halten wir dazu fest: Alle Experimente in den letzten 30 Jahren in Europa in bürgerliche Regierungen einzutreten sind am Ende restlos gescheitert. Nirgendwo konnte auf diese Weise neoliberale Politik ausgebremst werden. Doch darum geht's ja auch: Entweder Kämpfe auf der Straße und in den Betrieben organisieren und als Opposition, als Widerstandskraft bemerkt werden oder unglaublich das Programm verlieren und untergehen.

Viele Menschen fordern inzwischen mehr öffentliche Verantwortung, mehr bezahlbaren Wohnraum, das Schleifen der Schuldenbremse, ein Ende der Privatisierungspolitik, von Bundeswehreinätzen im Ausland sowie der Steigerung des Rüstungsetats. Viele Menschen sind gegen die Austrocknung der Sozialsysteme. Sie lehnen es ab, dass Milliarden in die Taschen großer Konzerne gehen, die dann Arbeitsplätze abbauen, während sie ihre Aktionäre mit saftigen Dividenden versorgen.

Für diese Ziele gibt es gesellschaftliche Mehrheiten, auch wenn wir sie in den Parlamenten noch nicht haben. Diese Mehrheiten müssen über soziale Proteste, Volksinitiativen, Demonstrationen und Streiks mobilisiert werden. Allein von der Entfaltung solcher Kämpfe hängt es ab, ob die gesellschaftliche Entwicklung nach rechts oder nach links gehen wird. Um besser einzugreifen, müssen wir uns dafür zu einer lebendigen Mitglieder- und Programmpartei fortentwickeln. Lasst uns dieses Land verändern! Beginnen wir damit in Hamburg. Beginnen wir damit in unserer eigenen Partei!

Hamburg, 17.09.2020

**Erstunterzeichnende:**

*Nilüfer Aydin* (BV Mitte), *Alexander Benthin* (BV Mitte), *Gunhild Berdal* (BV Mitte, AG FIP, AG Studierendenpolitik, KPF), *Hildegard Blum* (Mitglied des Sprecherrates der Stadtteilgruppe HH-Langenhorn, Mitglied des Bezirksvorstandes HH-Nord, Delegierte zum Landesparteitag), *Naomi Bruhn* (BV Altona), *Martin Dolzer*, *Kristian Glaser* (BV Mitte), *Holger Griebner*, *Andreas Grünwald* (Stadtteilgruppe Wilhelmsburg), *Klaus Hagen* (BV Altona, Stadtteilgruppe Bahrenfeld), *Bernd Hartz* (Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost), *Franziska Hildebrandt* (BV Mitte, DieLinke.SDS Uni Hamburg), *Nicola Hofediener* (BV Mitte, Bezirksorganisation Billstedt, aktive Sozialbegleiterin bei neoliberaler Behördenwillkür), *Helli Laab*, *Heinz-Dieter Lechte* (BV Altona, Bildungsbeauftragter, Redakteur ALiNa, Teamer Marxismus-Grundlagenkurs), *Ulrik Ludwig* (KPF-CZ), *Florian Muhl* (BV Harburg, Vertreter des Jugendverbands im Landesvorstand 2018-20), *Jürgen Olschok* (BV Mitte), *Ralf Peters*, *Bosse Daniel Reimann* (BV Altona), *Hartmut Ring* (BV Hamburg Nord, für den Hamburger Landesverband im Bundesausschuss), *Tilman Rosenau* (BV Mitte), *Maureen Schwalke* (Landesparteitagsdelegierte, Ersatzdelegierte Bundesparteitag, Mitglied in mehreren Ausschüssen und Beteiligungsgremien), *Lena Schweder* (BV Altona), *Roland Wiegmann* (MdBV Eimsbüttel), *Ronald Wilken* (BO-Wilhelmsburg/Veddel), *Mehmet Yildiz* (MdHB)

**Begründung:**

Um die LINKE als Mitgliederpartei weiterzuentwickeln, ist es dringend erforderlich, im Landesverband Beratungen und Diskussionen über die Ausgestaltung der politischen Strategie der LINKEN

**03\_E02** Antrag für die 1. Tagung des 7. Landesparteitages  
„Quo Vadis, DIE LINKE? - Strategiediskussion im Landesverband“  
(ersetzt 03\_A03 und 03\_A04)

Antragsteller\*in: Nilüfer Aydin, Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Hilde Blum ...

19.09.2020

---

unter Beteiligung aller Interessierten anzuschieben. Die beigefügte Erklärung mag ein guter Impuls für solche Diskussionen sein.

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Hamburg möge beschließen:

- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE. rügt das Versenden eines Briefes (hier abrufbar: [https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/bv\\_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807\\_Brief\\_an\\_Putin.pdf](https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/bv_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807_Brief_an_Putin.pdf)) seitens der DIE LINKE-Stadtteilgruppe LangenhornFuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf an Wladimir Putin.
- DIE LINKE Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf wird aufgefordert, den entsprechenden Brief aus dem Internet zu entfernen, um keinen falschen Eindruck über die Politik der Partei DIE LINKE. zu erwecken.
- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE. verurteilt das Vorgehen der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung in Syrien und der Ukraine.
- Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE verurteilt den Umgang mit russischen Oppositionellen in Russland.
- Der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE wird aufgefordert, im kommenden Jahr unter Einbeziehung einer antifaschistischen und feministischen russischen Oppositionellen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu organisieren, die sich kritisch mit dem Putinismus auseinandersetzt.

### **Begründung:**

In ihrem Brief vom 7. August dieses Jahres bedankt sich die Stadtteilgruppe LangenhornFuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf bei Wladimir Putin für sein „Bemühen, geschichtliche Zusammenhänge auszu-leuchten“ und für seinen „Widerspruch zu den im Westen verbreiteten Verklärungen der reaktionären Helfershelfer der Faschisten“ (DIE LINKE-Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf 2020).

Wladimir Putin beschreibt in dem 20-seitigen Dokument, auf das die Stadtteilgruppe sich hier bezieht, den 2. Weltkrieg aus seiner Perspektive. Einen großen Raum nimmt hierbei die Verteidigung des Hitler-Stalin-Paktes als quasi alternativlos und antifaschistisch ein. Kritische Worte, etwa hinsichtlich des Auslieferens exilierter Kommunisten in Hitlers KZs, finden sich hier nicht, auch wenn Putin, der sich selbst als „Pragmatiker mit Neigung zum Konservatismus“ (Lepjochin 2015) bezeichnet, stattdessen den Bolschewiki ein paar Seitenhiebe hinsichtlich ihres „Nihilismus“ und der „spöttischen Haltung gegenüber der nationalen Geschichte, den Traditionen und dem Glauben“ mitgibt (Putin 2020: 13).

Die Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf bedankt sich in ihrem

Schreiben des Weiteren bei Putin für sein „Eintreten, auf internationaler Ebene dem Völkerrecht wieder Geltung zu verschaffen und dem Recht des Stärkeren in der Weltpolitik ein Ende zu setzen“, sein „Drängen auf eine kollektive Sicherung des Friedens in Europa und der Welt sowie ständiges Bemühen, realistische Möglichkeiten zu entwickeln, internationale Konflikte zu lösen“ und schließlich seine „Besonnenheit, die Russland - und er - bei der Behandlung schwieriger Situationen der internationalen Politik und an den Tag legen“ würde (DIE LINKE-Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf 2020).

Dieses erscheint höchst fraglich. In einer Zeit, in der DIE LINKE. - völlig zurecht - die Zustände im griechischen Flüchtlingslager Moria als „Schande für ganz Europa“ bezeichnet und die Aufnahme der Geflüchteten, vor allem der Alten, Kranken und Kinder fordert, kommt man nicht drumherum, auch einmal die konkreten Fluchtursachen zu benennen. In Syrien, das Land aus dem die meisten Geflüchteten stammen, herrscht bekanntlich seit 2011 ein Bürgerkrieg, auch wenn dieser infolge der massiven Präsenz internationaler Armeen und Söldner:innenverbände längst kein Bürgerkrieg mehr ist. Begonnen hatte alles als zunächst gewaltloser Protest gegen die Baath-Partei, die zu diesem Zeitpunkt seit 48 Jahren an der Macht war, bzw. gegen die seit Dekaden währende Vormachtstellung des Assad-Clans.

Von Beginn an wurde diesen Protesten mit Gewalt begegnet und Baschar al-Assad beschimpfte die Demonstrant:innen als „Bazillen“ (Sydow 2011). Ab dem Sommer 2013 kam es dann von Seiten des Assad-Regimes zum systematischen Einsatz von Giftgas. Da niemand willens oder in der Lage war, dieser verheerenden Art der Kriegsführung Einhalt zu gebieten, führte dies zu einem ersten Turning Point und zur ersten großen Fluchtwelle.

Der zweite Turning Point erfolgte nach dem Besuch Qassem Soleimanis, dem

Kommandeur der an der Seite Assads kämpfenden iranischen Al-Ouds-Brigaden, in Moskau im Juli 2015 (vgl. Bassam/Perry 2015). Das hier verabredete Eingreifen der russischen Luftwaffe machte den Geflüchteten, die zu dem Zeitpunkt bereits zu mindestens 3,4 Millionen in den Nachbarländern Syriens lebten (vgl. Pro Asyl 2015), klar, dass sie in absehbarer Zeit nicht nach Syrien werden zurückkehren können. Viele machten sich nun auf den Weg nach Europa.

---

Als Ziel wurde seitens der Putin-Regierung die Bekämpfung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ angegeben, die zu diesem Zeitpunkt einen Teil des Landes kontrollierte. Nach detaillierten Recherchen der Nachrichtenagentur Reuters befanden sich aber schon zu Beginn der russischen Luftschläge 80% der Ziele der russischen Luftwaffe außerhalb des

Einflussgebietes des IS (vgl. Stubbs 2015). Offenkundiges Ziel der Offensive war die Machterhaltung des eng mit der Putin-Regierung alliierten Regimes von Baschar alAssad.

Die syrischen Geflüchteten, die zu diesem Zeitpunkt bekanntlich in großer Zahl in Europa und damit auch in Deutschland eintrafen, gaben entsprechend zu rund 70% an, dass sie aufgrund der unmittelbaren Lebensgefahr geflohen seien, die ihnen vom Assad-Regime drohe. Knapp über 50% wollten erst dann zurückkehren, wenn Assad nicht mehr an der Macht ist (vgl. Denkler 2015). Während dieser Flüchtlingswelle wiederum befeuerten russische Auslandsmedien (Ruptly, RT, Sputnik) in Europa eine rassistisch aufgeladene Desinformation, mit dem Ziel rechtspopulistische Parteien - wie in Deutschland die AfD - zu stärken, die ihrerseits wiederum eine pro-putinistische Politik verfolgen.

Neben Giftgas waren auch Fassbomben zu einem Bestandteil dieses Krieges geworden. Fassbomben haben keinen militärischen Nutzen. Sie dienen ausschließlich dazu, Terror gegen die Zivilbevölkerung auszuüben. Dieses Vorgehen, das Kriegsverbrechen zum Kriegsziel zu erheben, wurde von den russischen Alliierten in gleicher Weise mitgetragen. Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Einrichtungen wurden mit russischen bunkerbrechenden Waffen angegriffen. Diese Luftschläge sollten gezielt Angst und Schrecken in der Bevölkerung verbreiten und zeigen, dass es keinen sicheren Ort vor den

Angriffen des Assad-Regimes und seiner russischen Verbündeten gibt. In der Schlacht um

Aleppo im Herbst 2016 wurde diese Taktik durch das Assad-Regime und seine russischen

Verbündeten fortgesetzt. Raketen, Bunkerbrecher, Streubomben und Giftgas kamen zum Einsatz und zivile Ziele wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser wurden nicht bloß als „Kollateralschaden“, sondern gezielt attackiert, um Zivilist:innen aus dem Rebell:innenGebiet zu vertreiben (vgl. Abdi/Böhme 2017; Spiegel Online 2016).

Auch anderthalb Jahre später bei der Schlacht um Ost-Ghouta bot sich dasselbe

Szenario, wieder unter Beteiligung der russischen Luftwaffe und ihrer bunkerbrechenden Waffen. Beispielsweise wurde eine Schule, die von zivilen Aktivist:innen als Alternative zu den konfessionellen Religionsschulen der Islamisten in Ost-Ghouta gegründet wurde, von einer bunkerbrechenden Rakete getroffen, die drei Stockwerke durchschlug, bevor sie im Keller explodierte. Sowohl der eingesetzte Waffentyp als auch die Art der Zerstörung sind starke Indizien für einen Angriff durch die russischen Streitkräfte und schließen die Täterschaft der syrischen Armee weitestgehend aus. Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich nach Angaben von lokalen Aktivist:innen rund 400 Menschen in der Schule, die dort Schutz vor dem heftigen Bombardement gesucht hatten (vgl. Medico International 2018).

*Der erneute gezielte Angriff auf die Schutzräume von Schulen zeigt ebenso wie die Giftgasangriffe und die gezielte Zerstörung von Krankenhäusern, wie zuletzt in Afrin durch türkisches Militär, dass dies ein Krieg ist, der gezielt gegen die Zivilbevölkerung geführt wird. Der russische Bombenangriff war ein targeted killing von Kindern.* Till Küster von medico international

Nur Stunden nach dem folgenschweren Luftangriff auf diese Schule verhinderte Russland im Welt sicherheitsrat eine Debatte über die humanitäre Lage in Syrien, bei der auch der UN.Hochkommissar für Menschenrechte Seid al-Hussein einen Bericht zur Lage im Land abgeben sollte (vgl. ebd.).

Auch im aktuellen Syrien-Bericht von Amnesty International für das Jahr 2019 werden weiterhin Kriegsverbrechen und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch das syrische Regime und seine russischen Verbündeten aufgelistet. Hierzu gehören sowohl wahllose als auch gezielte Angriffe auf Wohnhäuser, Schulen,

Bäckereien, Rettungseinsätze, Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen. Durch Luftangriffe und Artilleriebeschuss wurden Hunderte Zivilpersonen getötet oder verletzt, darunter Rettungskräfte und medizinisches Personal, insbesondere in den Provinzen Idlib und Hama im Nordwesten und in den nördlichen Gebiete der Provinz

Aleppo. Auch in Gebieten, die von Regierungskräften kontrolliert wurden, hatten

Zivilpersonen weiterhin kaum Zugang zu humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung.

Des Weiteren berichtet Amnesty International, dass syrische Sicherheitskräfte noch immer Tausende Menschen, die in den vergangenen Jahren festgenommen wurden, ohne

Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in Haft halten. Viele von ihnen waren unter Bedingungen inhaftiert, die den Tatbestand des Verschwindenlassens erfüllten.

Zehntausende Menschen gelten weiterhin als verschwunden, die meisten von ihnen seit

2011. Unter ihnen befinden sich Beschäftigte von Hilfsorganisationen, Rechtsanwält:innen, Journalist:innen, friedliche Aktivist:innen, Regierungskritiker:innen und -gegner:innen sowie Personen, die anstelle ihrer von den Behörden gesuchten Angehörigen inhaftiert worden waren.

Am 19. September 2019 legten Russland und China im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf über einen Waffenstillstand in Idlib ein. Am 20. Dezember des

Jahres folgte ein weiteres Veto gegen eine Resolution zur Fortführung der humanitären

Hilfe der Vereinten Nationen in Syrien (vgl. Amnesty International 2020a). Ende September 2019 berichtete die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, allein durch den russischen Militäreinsatz in Syrien seien (seit September 2015) 19.000 Menschen (davon 8.300 Zivilist:innen) ums Leben gekommen (vgl. Syrian Observatory for

Human Rights 2019). Insgesamt sind im syrischen Bürgerkrieg, Stand Januar diesen Jahres, mehr als 380.000 Menschen getötet worden, darunter etwa 115.000 Zivilist:innen, davon rund 22.000 Kinder. Ungefähr 13 Millionen Syrer:innen sind auf der Flucht (vgl. Spiegel Online 2020).

Im März 2020 berichtete die UNO-Flüchtlingshilfe, dass fast eine Million Menschen in der Region Idlib auf der Flucht sind, doch Hilfskräfte nicht immer Zugang zu den Betroffenen haben (vgl. UNO-Flüchtlingshilfe 2020). Die Geflüchtetenlager in Idlib seien völlig überfüllt, doch die Versorgung dieser Menschen nicht gesichert. Der einzige Grenzübergang in den

Nordosten Syriens für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen war zu dem Zeitpunkt seit

Januar geschlossen, als Folge des russischen und chinesischen Vetos im UN-

Sicherheitsrat (vgl. Lenz 2020). Zeitgleich wurden Geflüchtete in der Türkei an die Grenzen und auf die griechischen Inseln geschickt, während Griechenland zu extremen Mitteln bewehrter „Grenzsicherung“ griff und auch weiter greift (vgl. Maas-Albert 2020).

Es ist völlig unbestritten, dass auch syrische (vornehmlich islamistische) Rebellengruppen, sowie die seit spätestens 2015 aktiv am Syrien-Krieg beteiligte Türkei schwere Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben. Dies darf aber nicht dazu führen, die Verbrechen Assads und Putins durch

Whataboutism zu kommentieren – nicht wenn einem tatsächlich an Friedenssicherung und Menschenrechten gelegen ist. Das schier unendliche Drama des syrischen Bürgerkriegs liegt - neben dem eisernen Willen zur Machterhaltung von Seiten des Assad-Clans - im imperialistischen Streben Russlands, Irans und der Türkei begründet. Wer das nicht wahrhaben will, belügt sich selbst und andere. Es wird von Seiten der LINKEN oft betont, dass der Einsatz der russischen

Luftwaffe sich auf dem Boden des Völkerrechts bewege, da die Operationen auf Grundlage einer Einladung der „legitimen“ Regierung Syriens stattfinden. Doch auch der eingeladene Staat muss sich an die Grundregeln des humanitären Völkerrechts halten und darf keine Kriegsverbrechen begehen. Das Gegenteil ist von Beginn an der Fall.

Auch vor anderen Hintergründen ist Wladimir Putin definitiv nicht als Verteidiger des Völkerrechts zu betrachten. Die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014, die bis heute andauernde militärische Unterstützung der Separatisten im Donbass - darunter Mitglieder des russischen Militärgenheimdienstes GRU, reguläre russische Streitkräfte, sowie russische und ausländische Söldner (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2019) - und die Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine stellen eine klare

Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker dar. Die aggressive Rhetorik von Seiten der Putin-Regierung, die sämtliche Befürworter:innen eines pro-westlichen Kurses der Ukraine als „Faschisten“ brandmarken sollte, veranlasste 2014 verärgerte

Vertreter:innen der Jüdischen Gemeinden einen offenen Brief an Putin zu schreiben, in dem sie ihn aufforderten, die „beliebig ausgewählten Lügen und Beschimpfungen“ zu stoppen (vgl. Ukrainian Jewish Encounter 2014). Dennoch gingen dieser perfiden Propaganda zahlreiche Menschen in Europa auf den Leim. Der Konflikt im Donbass hat rund 1,5 Millionen Menschen in die Flucht getrieben und ca. 13.000 Tote gefordert hat, unter ihnen etwa 3.300 Zivilisten (vgl. Petrus 2020). Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sprach bereits 2014 bezüglich der Separatist:innen-Gebiete von einer Terrorherrschaft der bewaffneten Gruppen über die Bevölkerung mit Freiheitsberaubungen, Entführungen, Folterungen und Exekutionen (vgl. Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights 2014). Der Krieg geht weiter.

Nahezu täglich registriert die OSZE-Mission dutzende bis hunderte

Waffenstillstandsverletzungen am Tag, die in der Regel von den pro-russischen

Separatisten ausgehen (vgl. OSZE 2020). Deutsche AfD-Politiker:innen und andere Rechtsextremist:innen unternehmen häufig Reisen auf die Krim und in den Donbass, z.B. um sich als Wahlbeobachter:innen zur Verfügung zu stellen und den dortigen Abstimmungen den Anschein demokratischer Legitimität zu verleihen (vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2020).

Ebenso hinsichtlich der Situation in Russland selbst gibt es wenig, wofür man Putin danken könnte. Im Land findet eine zunehmende Einschränkung der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Gesetzgebung und Praxis statt (vgl. Amnesty International 2020b). Auf der Rangliste der Pressefreiheit der „Reporter ohne Grenzen“ rangiert Russland auf Platz 149 von 180 (vgl. Reporter ohne Grenzen 2020). Zuletzt schlug die Vergiftung des Putin-Kritikers Alexej Nawalny hohe Wellen. Dieses Schicksal, vergiftet worden zu sein, teilt er nun mit dem Journalisten Juri Schtschekotschichin, dem Nachrichtendienstler Alexander Litwinenko, dem Journalisten Wladimir Kara-Mursa, dem

Nachrichtendienstler Sergej Skripal und dem Künstler Pjotr Wersilow. Anderen PutinKritiker:innen, wie der Journalistin Anna Politkowskaja und dem Politiker Boris Nemzow, wurde ein abweichendes Schicksal zuteil. Sie wurden erschossen (vgl. Richter 2020).

In Folge des berüchtigten Gesetzes gegen „Homo-Propaganda“, das seit 2013 in Kraft ist, werden queere Proteste häufig verboten und LGBTI-Aktivist:innen immer wieder festgenommen und mit Strafverfahren übersät. Bereits das Tragen einer RegenbogenFahne gilt als solche „Homo-Propaganda“. Außerdem kommt es seit Jahren zu verstärkter homo- und transfeindlicher Stimmungsmache in Staatsmedien und Politik, während Gewalt gegen LGBTIQ ansteigt. Die tödliche Verfolgungswelle in Tschetschenien ließen die russische Politik und die zuständigen russischen Strafverfolgungsbehörden unaufgeklärt.

Die Stimmungsmache gegen „Homo-Propaganda“ als erster Schritt der

Verschlechterungen hat dabei – mit kräftiger Unterstützung Russlands – zuletzt auch in europäischen Ländern Fuß gefasst, oft versteckt hinter Begriffen wie „LGBT-Ideologie“ oder „Gender-Ideologie“ (vgl. Queer.de 2020).

Die russische Gesellschaft ist unter Putin einem starken Militarismus ausgesetzt. Bereits Kinder werden in „Militärsportklubs“ an die Armee herangeführt. Der Wehrkundeunterricht, in den 1990er-Jahren

kurzzeitig abgeschafft, ist längst wieder Pflichtfach an russischen Schulen (vgl. Dornblüth 2015). In diesem Jahr wurde außerdem das Projekt „Patriotische Erziehung der Bürger der

Russischen Föderation“ auf den Weg gebracht. Bildungsminister Sergej Krawzow zählte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs in der Duma dessen Postulate auf: Ausprägung eines Gefühls von „Patriotismus und Staatsbewusstsein“, sowie die „Achtung der Erinnerungen an die Verteidiger des Vaterlands und die Taten seiner Helden“ (vgl. Gerassimowa 2020).

Aus antifaschistischer Sicht ist die Rolle der nationalistischen Partei Rodina interessant, die einst aus Putins Umfeld als Konkurrenz zur KPRF gegründet wurde (vgl. Siegert

2005). 2015 organisierte Rodina, geführt vom damaligen stellvertretenden

Ministerpräsidenten Dmitri Olegowitsch Rogosin und Putins Berater Sergei Jurjewitsch Glasjew, eine Versammlung von vorgeblich „sozialen und politischen“ Bewegungen (z.B. NPD, British National Party, Chrysi Avgi) um den Erhalt „traditioneller Werte“ wie Familie und Christentum zu besprechen. Rund 40 Demonstranten protestierten gegen das Treffen, acht wurden von der Polizei festgenommen (vgl. Zeit Online 2015).

Anfang diesen Jahres wurden sieben Männer zwischen 24 und 32 Jahren wegen des Vorwurfs des Linksterrorismus von einem Militärgericht in der Stadt Pensa zu Haftstrafen in Höhe von 6 bis 18 Jahren verurteilt. Sie sollen einem anarchistischen Terrornetzwerk angehören (vgl. Nowak 2020). Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten für einen bewaffneten Umsturz trainierten. Wann und wo der vermeintliche Terrorakt stattfinden sollte, blieb bei der Gerichtsverhandlung allerdings offen (vgl. Putzbach 2020). Bis dato wurde gegen anarchistische, antifaschistische und antiautoritäre Linke vorwiegend das „Anti-Extremismusgesetz“ angewendet, das zu Verfahren, Bußgeldern oder einigen Jahren Arbeitskolonne bzw. Gefängnis führen kann. Als Hassverbrechen gegen eine bestimmte Personengruppe kann dabei etwa das Teilen eines Anti-Nazi- oder „ACAB“- Beitrags in sozialen Netzwerken eingestuft werden. In diesem Fall wurde den Angeklagten allerdings die „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ zur Last gelegt und während der U-Haft Folter angewendet. Der Angeklagte Dmitrij Ptschelinzew berichtete, dass ihm täglich über Wochen Elektroden am Körper befestigt und die Stromzufuhr aufgedreht wurde. Vor Schmerz biss er die Zähne so stark zusammen, dass sie anfangen zu bröckeln und er den Mund voller Zahnstückchen hatte. Um dieser Qual zu entkommen, hatte Ptschelinzew bereits einen vergeblichen Selbstmordversuch unternommen (vgl. Mika

2018). Wladimir Putin befasste sich persönlich mit dem Fall, um sicherzustellen, dass alles „in Übereinstimmung mit dem Gesetz“ sei (vgl. Putzbach 2020).

Doch der Verdruss an Putins autokratischer Herrschaft in Russland wächst. So frohlockt die SAV bereits in ihrer Zeitschrift sozialismus.info:

*Alle linken Organisationen in Russland erleben einen Zustrom neuer Mitglieder. Einige linke Blogger sind mittlerweile populärer als die offiziellen Zeitungen. Klar, das Regime Putins kann der Jugend abgesehen von dem schwer verdaulichen Cocktail aus Nationalismus, Militarismus und orthodoxen Fundamentalismus weder neue Ideen noch konkrete Perspektiven anbieten. (Yanski 2020)*

### **Quellen:**

Abdi, Muhamad / Böhme, Christian (2017): Aleppo - ein Jahr nach der Schlacht, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/krieg-in-syrien-aleppo-ein-jahr-nach-der-schlacht/20760870.html> [abgerufen am 18.09.20]

Amnesty International (2020a): Jahresbericht Syrien 2019, online unter: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/syrien> [abgerufen am 18.09.20]

Amnesty International (2020b): Jahresbericht Russland 2019, online unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/russische-foederation-russland-2019> [abgerufen am 18.09.20]

Antifaschistisches Infoblatt (2020): AfD-Hinterbänkler auf pro-russischem Parkett, online unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/afd-hinterb%C3%A4nkler-auf-pro-russischem-parkett> [abgerufen am 18.09.20]

Bassam, Laila / Perry, Tom (2015): How Iranian general plotted out Syrian assault in Moscow, online unter: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-soleimaniinsigh-idUSKCNOS02BV20151006> [abgerufen am 18.09.20]

Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas, online unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessenekrieg-im-osten-europas> [abgerufen am 18.09.20]

Denkler, Thorsten (2015): Sie fliehen wegen der Fassbomben, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/umfrage-unter-syrischen-fluechtlingen-sie-fliehen-wegen-der-fassbomben-1.2681748> [abgerufen am 18.09.20]

Dornblüth, Gesine (2015): Uniformierte Kinder im Kämpferkurs, online unter: [https://www.deutschlandfunk-kultur.de/militarismus-in-russland-uniformierte-kinder-imkaempferkurs.2165.de.html?dram:article\\_id=327857](https://www.deutschlandfunk-kultur.de/militarismus-in-russland-uniformierte-kinder-imkaempferkurs.2165.de.html?dram:article_id=327857) [abgerufen am 18.09.20]

DIE LINKE Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf (2020): Ihr Aufruf anlässlich des 75. Jahrestages des Großen Sieges über den deutschen Faschismus, online unter: [https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/bv\\_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807\\_Brief\\_an\\_Putin.pdf](https://www.die-linke-hamburg-nord.de/fileadmin/bv_nord/Stadtteilgruppen/Langenhorn/200807_Brief_an_Putin.pdf) [abgerufen am 18.09.20]

Gerassimowa, Jelena (2020): Patriotische Erziehung per Gesetz, online unter: <https://ngdeutschland.de/patriotische-erziehung-per-gesetz/> [abgerufen am 18.09.20]

Lenz, Ramona (2020): Flüchtlinge als Spielball, online unter: <https://www.medico.de/blog/fluechtlinge-als-spielball-17658/> [abgerufen am 18.09.20]

Lepjochin, Wladimir (2015): Nationale Idee gefunden, online unter: <https://de.sputniknews.com/sinowjew-klub/20150407301805694> [abgerufen am 18.09.20]

Maas-Albert, Kirsten (2020): Ignoranz und ihre Folgen, online unter: <https://www.boell.de/de/2020/03/04/ignoranz-und-ihre-folgen> [abgerufen am 18.09.20]

Medico International (2018): 15 Kinder in Partnerschule durch bunkerbrechende Bombe getötet, online unter: <https://www.medico.de/15-kinder-in-partnerschule-durchbunkerbrechende-bombe-getoetet-17010/> [abgerufen am 18.09.20]

Mika (2018): Der russische Geheimdienst foltert Antifaschist\_innen und Anarchist\_innen, online unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/der-russische-geheimdienst-foltertantifaschistinnen-und-anarchistinnen> [abgerufen am 18.09.20]

Nowak, Peter (2020): Hohe Haftstrafe gegen Antifaschisten in Russland, online unter: <https://www.heise.de/tp/features/Hohe-Haftstrafe-gegen-Antifaschisten-in-Russland4657395.html> [abgerufen am 18.09.20]

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2014): Intense fighting in eastern Ukraine “extremely alarming”, says Pillay, as UN releases new report, online unter: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=14908&LangID=E> [abgerufen am 18.09.20]

OSZE (2020): The crisis in and around Ukraine, online unter: <https://www.osce.org/ukrainecrisis> [abgerufen am 18.09.20]

Petrus, Klaus (2020): Mörser und Minen als Nachbarn, online unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/ukraine-moerser-und-minen-alsnachbarn> [abgerufen am 18.09.20]

Pro Asyl (2015): Eiseskälte und Grenzschießungen: Syriens Nachbarländer stehen vor dem Kollaps, online unter: <https://www.proasyl.de/news/eiseskaelte-und-grenzschiessungen-syriens-nachbarlaender-stehen-vor-dem-kollaps/> [abgerufen am 18.09.20]

Putin, Wladimir (2020): 75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft, online unter: [https://www.infosperber.ch/data/attachements/Putin\\_Verantwortung\\_20200619.pdf](https://www.infosperber.ch/data/attachements/Putin_Verantwortung_20200619.pdf) [abgerufen am 18.09.20]

Putzbach, Robert (2020): Mit Plastikugeln zur Revolution, online unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1132715.antifa-in-russland-mit-plastikkugeln-zurrevolution.html> [abgerufen am 18.09.20]

Queer.de (2020): Neue Verfassung bestätigt: Noch mehr Putin, noch mehr Homophobie, online unter: [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=36488](https://www.queer.de/detail.php?article_id=36488) [abgerufen am 18.09.20]

Reporter ohne Grenzen (2020): Russland, online unter: <https://www.reporter-ohnegrenzen.de/russland> [abgerufen am 18.09.20]

Richter, Stefan (2020): Mit Kampfstoffen und Gift gegen Kritiker, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-08/regimegegner-russland-alexej-nawalny-kremlkritik-vergiftung-aktivisten> [abgerufen am 18.09.20]

Siegert, Jens (2005): Politischer Jahresbericht der Heinrich-Böll-Stiftung Büro Moskau 2004/2005, online unter: [https://web.archive.org/web/20071214205735/http://www.boell.de/de/05\\_world/3781.html](https://web.archive.org/web/20071214205735/http://www.boell.de/de/05_world/3781.html) [abgerufen am 18.09.20]

Syrian Observatory for Human Rights (2019): More than 19000 people including about 8300 civilians killed by Russian warplanes since their military participation began on the Syrian territory at the end of September 2015, online unter: <https://www.syriahr.com/en/142258/> [abgerufen am 18.09.20]

Spiegel Online (2016): Bomben auf die Lebensretter, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-russland-und-assad-fuehren-krieg-gegen-krankenhaeuser-a1077445.html> [abgerufen am 18.09.20]

Spiegel Online (2020): Mehr als 380.000 Tote im Syrienkonflikt seit 2011, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mehr-als-380-000-todesopfer-seit-beginn-dessyrienkonflikts-beobachtungsstelle-a-1303680.html> [abgerufen am 18.09.20]

Stubbs, Jack (2015): Four-fifths of Russia's Syria strikes don't target Islamic State: Reuters analysis, online unter: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-russiastrikes-idUSKCNOSF24L20151021> [abgerufen am 18.09.20]

Sydow, Christoph (2011): Ein syrischer Soldat berichtet: "Die Regierung belügt uns Soldaten", online unter: <https://www.disorient.de/blog/ein-syrischer-soldat-berichtet-dieregierung-beluegt-uns-soldaten> [abgerufen am 18.09.20]

Ukrainian Jewish Encounter (2014): Open letter of Ukrainian Jews to Russian Federation President Vladimir Putin, online unter: <https://web.archive.org/web/20140330214251/http://www.haaretz.com/advertisement-articles/1.582118> [abgerufen am 18.09.20]

UNO-Flüchtlingshilfe (2020): Syrien: Fast 1 Million Menschen in der Idlib-Region auf der Flucht, online unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/news/uebersicht/detail/artikel/syrien-fast-1-million-menschen-in-der-idlib-region-auf-der-flucht/> [abgerufen am 18.09.20]

Yanski, Dima (2020): Jugend in Russland – Generation Krise, online unter: <https://www.sozialismus.info/2020/07/jugend-in-russland-generation-krise/> [abgerufen am 18.09.20]

Zeit Online (2015): Russland heißt Europas Rechtsextreme willkommen, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/russland-rechtsparteien-npd-udo-voigt> [abgerufen am 18.09.20]

**Bezirksvertreter:innen:**

1. Harburg: Simon Dhemija
2. Hamburg-Mitte: Kristian Glaser

**weitere Mitglieder im Landesvorstand, Wahlgang für Männern und Frauen**

1. Enno Drewes
2. Marco Hosemann
3. Hans Jürgen Lutz
4. Florian Muhl
5. Christoph Timann
6. Martin Dolzer

Kandidatur Begründungen sind veröffentlicht auf [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)